

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Bezugspreise: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Auffmerksamer Unterhaltungsblatt“ — Bezugspreis Monatlich für Scholaren 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 6spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedererstattung unbedingt geschilderter oder durch Fernsprecher angegebener Angaben wird keinerlei Garantie übernommen. / Peltagegebühren: 10.— Mkt. das Laubend, zusätzlich Polagegebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 26

Dienstag, den 1. März 1932

34. Jahrg

Reichspräsidenten-Wahl.

Die Wählerliste für die Stadt Kemberg liegt vom 3. bis 6. März 1932 während der üblichen Geschäftszeit im Magistratsbüro zur Einsicht aus.

Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen. Kemberg, den 29. Februar 1932.

Der Magistrat.

Deutscher Reichstag.

Mittrauensanträge abgelehnt.

Berlin, 27. Februar.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung mit der im Laufe der Sitzung erregenden Mitteilung, daß auch außer den Volksparlamenten Raß und Schneider, auch der Abg. Wajel (DZP) beurlaubt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Gottscheiner (DnL), gegen die gestrige Rundfunkübertragung der Rede des Reichstagspräsidenten. Präsident Loh erwidert, die Beschlüsse können sich allein gegen ihn richten.

Weiter machte der Reichstagspräsident von einem inzwischen eingegangenen Antrag Oberführer (DnL). Der Reichstag wolle beschließen, der Reichstagspräsident wird verpflichtet, sein Amt niederzulegen.

Abg. Kojenberg (Nat.-Soz.)

wendet sich den Ausführungen des Kanzlers zu. Dieser habe verübt, nationalsozialistische Führer der Verbreitung bewußter Lügen zu beschuldigen. Weiter habe der Kanzler geglaubt, Angriffe von ihm, dem Redner, zurückweisen zu müssen, der am 9. November 1918 noch nicht gewußt habe, was sein Vaterland sei. 10 Millionen Auslandsdeutsche werden heute von dieser Verpötnung ihres deutschen Schicksals erfahren. (Händelstischen bei den Nationalsozialisten.) Die Auslandsdeutschen würden sich daran erinnern, daß sie ihre heutige Lage auch der Zentrumspolitik mit zu verdanken hätten. Dabei sei der Reichstagskanzler mit einer Partei verbunden, deren einer Führer erklärt habe, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Bausch (Chr.-Soz.)

bezeichnet die nationalsozialistische Politik im Hinblick auf die Außenpolitik als töricht.

Abg. Frau Juchacz (Soz.) spricht von der Schicksalsstunde der deutschen Frau, die weder für Hitler noch Duestenberg noch Thälmann ihre Stimme abgeben könne. Ihr Kampf führe allein dem Falschismus gegen. Abg. Bauer (Komm.) legt dem Kanzler Dank für seine Erklärung. Der Kanzler habe damit die ganzen Prinzipien der Sozialdemokraten von dem Feinern Uebel widerlegt. Dann

Abg. Dr. Weber (Staatsp.)

das Wort, um seine Angriffe gegen die Nationalsozialisten zu begründen. Die Nationalsozialisten verlassen bis auf den Abg. Göring den Saal. Der Redner erinnert an die Worte an Erzberger und Reichmann (Zurufe: Die Hitler waren keine Nationalsozialisten!). Die Wörter wurden von den Zuhörern verächtlich und sind später Funktionäre der Nationalsozialistischen Partei geworden. Der Redner spricht weiter von Sememorden und zitiert nationalsozialistische Zeitungsartikel, Verammlungsreden, Dienstvorschriften und Sturmlieder. So heißt es in einem Sturmlied: „Die Juden und Marxisten, die bringen uns kein Heil, den Seering und Genossen erschlagen wir mit dem Beil.“ (Geheißte Entzündungsrufe in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulze-Stapen (DnL)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Ausdrucksfrage nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die höchsten Bestimmungen haben. Die Nahrungsfrage ist aus dem Reichsgebiet zu sichern. Die Maßnahmen zur Entlastung der Landwirtschaft sind eine unvollkommene Nachahmung des abgelehnten Hungerbergs Planes und kommen ein Jahr zu spät. Das sogenannte Hindenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft bitter enttäuscht. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.

Abg. Lude (Wirtschaftsp.)

wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Scheid über 500 000 Mark für die Deutsche Wirtschaftspartei ausgedrückt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser von dem Abg. Feder (Nat.-Soz.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei.

Abg. Dr. Marx (Ztr.)

erklärt, was die Partei zu verantworten habe, sei das, was er als Kandidat vor der Reichspräsidentenwahl gesagt habe. Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichterfüllung und Hingabe an das Vaterland geschätzt, und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern

brauchen. Das Zentrum stehe zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Eberling (DnL)

bezeichnet die Falschheit der Übertragung der gestrigen Brüning-Rede als typisch für die mangelhafte Ehrlichkeit des Systems. Schon 1930 habe der Kanzler die Steuern senken, die Arbeitslosigkeit verringern und den Artikel 48 möglichst wenig zur Anwendung bringen wollen. Statt dessen seien heute drei Steuererhöhungen zu verzeichnen, 3½ Millionen Arbeitslose mehr und etwa 150 Notverordnungen.

Das heutige System, so schließt der Redner, ist nur noch eine hohle Schale. Was fällt, will man noch stoßen! Darum, Herr Reichstagskanzler, geben Sie den Weg frei: das nationale Deutschland will durch!

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.)

zieht Vergleiche zwischen Verprechungen, die von der Regierung früher vor Annahme des Young-Planes und der einzelnen Notverordnungen gemacht worden seien, und den Zuständen, wie sie sich im Zeichen der Notverordnungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet herausgestellt hätten.

Am 29. Januar 1931, als es 4,3 Millionen Arbeitslose gegeben habe, habe der Minister in Stuttgart erklärt, ein System, das mit diesen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt nicht aufkommen könne, sei dem Untergang geweiht. Heute hätten wir 6½ Millionen Arbeitslose. (Hört! hört! rechts.) Die Umloshsteuer habe im Januar 1931 bei 0,85 v. H. 91 Millionen, im vergangenen Monat selbst bei 2 v. H. nur noch 76 Millionen betragen. (Zuruf: Hört! hört! rechts.) Das deutsche Volk spricht dieser Regierung das härteste Mißtrauen aus, und fordert, daß sie nicht länger im Amte bleibe.

Abg. Dr. Spahn (DnL)

äußert angelehnt der neuesten Meldungen über die Genfer Brühlungsaktionen die Befürchtung, daß die deutliche Abordnung eine Spaltung einnimmt, die mit dem in der ersten Genfer Rede des Kanzlers vertretenen Standpunkt nicht vereinbar sein werde. Der Redner nennt es weiter bedauerlich, daß nicht das ganze Haus einmütig Einspruch gegen die lituanischen Gewalttaten erhoben habe. Am 13. März gebe es um die Wahrung von Würde, Ehre und Freiheit des Volkes.

Reichsfinanzminister Dietrich

wendet sich gegen einen Zursch, in dem behauptet worden war, die Regierung habe sich den Banken hereinlegen lassen.

Von einer Herabsetzung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht befaßt hat.

Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsbank die völlige Rekonstruktion des Bankwesens in die Wege zu leiten. Ohne eine Rekonstruktion des Bankwesens konnte auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht betrieben werden.

Das Reich ist nicht eingegrungen, weil die Banken einen Druck auf uns ausgeübt hätten, können wir nicht genötigt werden, die Banken als notwendiges Instrument unserer Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Der Minister bekräftigt sich weiter mit gewissen Angriffen des früheren Reichspräsidenten Schacht und erklärt, die Summe der Reichsschuldenverpflichtung belaufe sich heute auf den gleichen Betrag wie 1918, nämlich auf 400 Millionen Mark.

Der Minister ruft den Nationalsozialisten am Schluß zu: Sie haben mir ja sogar im Haushaltsausschuß den Rat gegeben, eine Milliarde mehr auszugeben! (Zuruf des Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.): Das ist nicht wahr! — Händelstischen bei der Mehrheit.)

Es folgen die Abstimmungen.

Das Haus stimmt einmütig dem Vorschlag des Reichsinnenministers zu, als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl den 13. März und den 10. April festzusetzen.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über die gleichlautenden Anträge der Nationalsozialisten, der Deutschen, der Reichspartei und der Kommunisten, die der Reichsregierung das Vertrauen entziehen wollen. Mit den Antragstellern stimmen dafür auch die Landvolkfraktion und die Abgeordneten der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Die Mittrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschen, der Reichspartei und der Kommunisten gegen die Reichsregierung wurden in einer gemeinsamen Abstimmung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Mit den Antragstellern stimmten auch das Landvolk und die Sozialistische Arbeiterpartei.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über die Mittrauensanträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten gegen den Reichsminister Dr. Groener.

Die Anträge werden mit 305 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Dann folgt die Abstimmung über den deutschnationalen Mittrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich.

Gegen Schluß der Sitzung war es noch zu einem Zwischenfall gekommen, der eine kurze Unterbrechung der Sitzung herbeiführte. Es sollte über den nationalsozialistischen Antrag abgestimmt werden, der dem Reichspräsidenten Hebe wegen der Rundfunkübertragung der Kanzlerrede auf Schallplatten das Vertrauen entziehen wollte, und ebenso über den deutschnationalen Antrag, der die Aufhebung der Nationalsozialisten enthielt. Die Nationalsozialisten richteten und schließlich die Internationale anflüchteten, hob der Reichspräsident die Sitzung auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden die Anträge mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Kommunisten, der im ersten Teil die sofortige Einstellung aller Tributabgaben und im zweiten Teil die Aufhebung aller privaten Schuldverpflichtungen an das Ausland forderte. Für den Antrag wurden 75, dagegen 368 Stimmen abgegeben; 108 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und das Landvolk erklärten dazu, bei einer Trennung des Antrags, wie sie sie beantragt hätten, würden sie für den ersten Teil gestimmt haben.

NSDAP verläßt den Saal.

Nachdem dann noch einige Anträge der Nationalsozialisten an die Ausschüsse überwiegen worden waren, so zum Beispiel Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und Wiederherstellung der Grundrechte der Verfassung, gab Abg. Straßer die Erklärung ab, die NSDAP lehne es ab, sich an diesem öffentlichen Tag zu beteiligen, und empfehle die Einlegung eines Auschlusses „zur sinngemäßen Bewertung von Papier“ und die Ueberweisung aller Anträge an diesen Ausschuss.

In Anbetracht auf diese Erklärung verließ dann die nationalsozialistische Fraktion geschlossen den Saal.

Einstellung der Polizeiausschüsse

an Braunschweig beschlossen.

Nach dem Auszug der Nationalsozialisten gelangte ein kommunikativer Entschuldigungsantrag zur Abstimmung, der die sofortige Einstellung der Polizeiausschüsse an Braunschweig forderte. Der Antrag wurde mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Mehrheit für Aufhebung des Reichswehr-Erlasses.

Im Verlauf der weiteren Abstimmungen, wobei allein an hundert Anträge den Ausschüssen zur Weiterberatung überwiegen wurden, stimmte das Haus dann auch noch mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen einem kommunikativen Antrag auf Aufhebung des Erlasses des Reichswehrministers zu. Dieser Erlass bestimmte, daß fortan auch Nationalsozialisten in die Reichswehr eingestellt werden können.

Neue Plenarsitze im Reichstag

Angenommen wurde ferner ein kommunikativer Antrag, der die Regierung erucht, die Erhöhung des Budgets um 100 Millionen wieder rückgängig zu machen.

Ein längerer Auseinandersetzung entspann sich noch über ein an die kommunikativen Fraktion gerichtetes Telegramm, wonach die Grube Karsten-Zentrum den Bergleuten, die sieben Tage verächtlich gemeldet sind, für die Tage den Lohn getrichen haben soll. Abg. Dr. Kleiner (DnL) machte darauf aufmerksam, daß die Richtigkeit dieser Darstellung noch nicht geprüft worden ist. Sollten die Behauptungen zutreffen, dann wäre kein Wort der Berichtigung nötig, aber im Augenblick wisse man nicht, wie es sich damit verhalte.

In später Abendstunde verlagte sich dann der Reichstag, wobei die Festsetzung eines neuen Sitzungstermins gegen die Stimmen der Kommunisten dem Präsidenten überlassen wurde. Wie man annimmt, wird der Reichstag kaum in der ersten Hälfte des März wieder zusammentreten.

Der ungerechte Finanzausgleich.

Ausführungen Dr. Gereses.

Frankfurt a. M., 28. Februar.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung des hessischen Landgemeindetages machte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages Dr. Gereses grundsätzliche Ausführungen über „Die Finanznot der Gemeinden“. Er erklärte u. a.:

Die bisher von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen haben auf die durch die allgemeine Wirtschaftslage verursachte finanzielle Not der Gemeinden eine noch größere Last aufgelegt, die Finanzen des Reiches und der Sozialversicherungen auf Kosten der Gemeinden zu sanieren.

Die Finanznot der Landgemeinden sei auf einen ungetreuen und falschen Finanzausgleich zurückzuführen. Der Redner begriffte dann das bekannte Gutachten des Staatssekretärs a. D. Prof. Dr. Köppl und betonte, indem die Notwendigkeit, den Gemeinden ausreichende Mittel zur Er-

fällung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Die durch die Notverordnungen geschaffenen neuen Steuerquellen hätten sich als nicht ausreichend erwiesen. Gemeindever- und Getränkesteuer hingen als Verbrauchssteuern von der Kaufkraft der Bevölkerung ab, die beständig auf dem Lande nur noch gering fiel. In der Bürgerfeur erblickten die Gemeinden eine Steuerquelle, die bei entsprechender Umgestaltung durchaus als geeignet angesehen werden könnte. Mitlesen müßte zur Deutschnationalen jedoch, nach wie vor die Einführung eines Zulagsrechts zur Einkommensteuer, weil zulagsfähige Einkommen auf dem Lande kaum vorhanden seien. Die von Dr. Ruppert erwähnte Wohnsteuer werde in der Mehrzahl der Landgemeinden keine Rolle spielen.

Den Gemeinden müßte weiter im Wege eines gerechten Lastenausgleichs geholfen werden. Insbesondere seien für Schul- und Polizeiausgaben Zuschüsse zu leisten. Die Frage der Arbeitslosigkeit erfordere Vereinheitlichung der bisherigen drei Gruppen zu einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge.

Die Krise in der DVP.

Entscheidung in Westfalen-Süd verlag.

Berlin, 28. Februar.

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: „Der Wahlkreisvorsitzende und der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Süd haben ohne Kenntnis der Partei Verhandlungen mit Herrn Abgeordneten Hungenberg geführt, um die Parteigrundsatzen der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen idios nach wie vor die Einführung eines Zulagsrechts zur Einkommensteuer, weil zulagsfähige Einkommen auf dem Lande kaum vorhanden seien. Die von Dr. Ruppert erwähnte Wohnsteuer werde in der Mehrzahl der Landgemeinden keine Rolle spielen.“

Die Volkspartei Badens an Dr. Curtius.

An Reichsminister a. D. Dr. Curtius wurde folgendes Telegramm geschickt: „Wahlkreis steht nach wie vor treu hinter Ihnen und billigt Ihre Haltung bei der Abstimmung.“

Eine Warnung.

Berliner Polizeipräsident an die NSDAP.

Der Polizeipräsident hat folgendes Schreiben an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gerichtet:

An letzter Fei sind durch die nationalsozialistische Presse und durch Verleumdungsredner der NSDAP Teile der Bevölkerung mehrfach öffentlich des Landesverrats bezichtigt und dadurch auf das schwerste beleidigt worden. Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin „Der Angriff“ wegen einer Verleumdungsfindung mit dem Thema „Der Kandidat Crippens“ auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Verleumdung der Herr Reichspräsident von Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in jüdentümlicher Form wiederbelebte angebliche Verleumdung des Abgeordneten Crippens „Ich trenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“, nimmere auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verdammt worden.

Die direkte oder indirekte Beziehung als Landesverräter gegenüber Hindenburg und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine solche Verleumdung der Würdigung und verlor den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen.

Ich bin nicht gewillt, diese Form des politischen Kampfes, von der nimmere auch der von allen Kreisen des deutschen Volkes als Randtat für die Reichspräsidentenwahl proklamierte Herr Reichspräsident von Hindenburg betroffen worden ist, in meinem Amtsbereich weiterjagen zu dulden und werde dieser Methode entgegenzutreten.

Sie ist geeignet, die ohnehin schon erheblich bedrohte öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf das schwerste zu stören.

In Zukunft werde ich daher sämtliche Presseerzeugnisse verbieten wie auch öffentliche Verleumdungen auslösen, in denen deutsche Staatsbürger gemeinsam öffentlich durch Beziehung als Landesverräter mittelbar oder unmittelbar grob beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden.

Groener antwortet dem sächsischen Stahlhelm.

Der Landesführer Sackjen des Stahlhelm hatte befanntlich an den Reichsinnenminister einen offenen Brief gerichtet wegen der Ablehnung eines Antrages auf Gewährung der Erlaubnis zum Tragen von Uniformen für eine Ehrenkompanie der Besetzung des verstorbenen Ritters Freidanker's Leigt.

Das Reichsinnenministerium hat dem Stahlhelm in Sachen mitteilen lassen, daß auch in diesem Falle Ausnahmen nicht zugelassen werden konnten. Das Uniformverbot bestehe für das ganze Reich, so daß Ausnahmen nicht möglich seien. Wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind bei früheren Gelegenheiten Anträge auch anderer Gruppen vom Reichsinnenminister abschlägig beschieden worden.

Eine Erklärung des Ruffhäuferbundes.

Der Deutsche Reichstrieberbund „Ruffhäufer“ teilt mit: Die am Tage der Präsidentschaftserklärung Hindenburgs veröffentlichte Kundgebung des 1. Präsidenten des Ruffhäuferbundes, General d. Art. a. D. von Jörn, ist durch den einseitigen Parteikampf um madtpolitische Fragen in wesentlichen Punkten für agitatorische Zwecke ausgenutzt worden. Dies war voranzuzulehen.

Selbst aber auf die Gefahr hin, daß der über den Parteien stehende Ruffhäuferbund durch den Tageskampf um politische Meinungen in Mitleidenschaft gezogen werden würde, bereitete die Besichtigung dieser größten Organisation allgemeiner Soldaten in gerechtem Streben für das Wohl des Vaterlandes sich nicht davon abhalten lassen, die Gewissensfrage des Reichspräsidenten, der befanntlich Ehrenpräsident des Ruffhäuferbundes ist, mit reinem soldatischen und vaterländischen Treueempfinden zu beantworten.

In einer Bekanntmachung, die der Vorstand des Ruffhäuferbundes in der letzten erschienenen Nummer des Bundesblattes „Ruffhäufer“ veröffentlicht, heißt es: „Aus dem Treueergebnis die Schlussfolgerung für politische Befolgung zu ziehen, ist dem einzelnen überlassen.“

Wahlaufruf des Stahlhelms

Berlin, 27. Februar.

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Franz Selbte, erläßt eine Kundgebung zur Präsidentschaftswahl. Darin heißt es u. a.: „Die Entscheidung ist gefallen. Die Barole des Stahlhelms lautet: Barole Duellenberg! Der Stahlhelm hat einen feinen Besten und keine beste Ringe gestellt. Jede Stimme im Stahlhelm ist eine Stimme unserer Freunde gehört ihm, dem alten und immerjüngeren Fochter und Vorkämpfer für Deutschlands innere und äußere Freiheit.“

Es geht um den Befreiungskampf deutscher Arbeit, deutscher Arbeiter, deutscher Menschen, deutschen Lebensrechts, ja um den Sieg und eine friedliche, glückliche Zukunft Deutschlands überhaupt.

Bahn frei für den Stahlhelm! Auf den Opfern und auf den Wägen beruht der Sieg. Opfer und arbeitet und fiedet im alten Frontgeist!“

Auslegung der Stimmlisten

Berlin, 27. Februar.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnungsbestimmung, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichspräsidentenwahl vom 3. bis 6. März ausgelegt sind. Die Bundesbehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Wie wird am 13. März gewählt?

Ein Erlaß Groeners an die Länderregierungen.

Der Reichsinnenminister hat an die Länderregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er Mitteilungen über die technischen Einzelheiten für die Wahl des Reichspräsidenten macht. In diesem Schreiben wird zunächst auf die gesetzlichen Vorschriften hingewiesen. Er erklärt dann weiter, daß sich der Reichsrat schon im Jahre 1925 für ein einheitliches Stimmzettelmuster ausgesprochen hat; es habe sich schon bei der Reichspräsidentenwahl 1925 bewährt. Die Stimmzettel für die kommende Reichspräsidentenwahl seien nach demselben Muster herzustellen. Die Stimmzettel müssen alle zugelassenen Wahlvorschlüge mit Vor- und Nachnamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten.

Darun schließt sich ein freies Feld an, in das der Stimmberechtigte einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinen der Vorgelegenen seine Stimme geben will.

Der Minister weist darauf hin, daß die Eintragung in den

Stimmzettel in einem Nebenraum oder an einem gegen Sicht geschützten Nebenisch geschehen muß.

Auch bei Anbruch der Stimmzettel ist es verboten, daß eine Abstimmungsstube oder ein Nebenraum von mehreren Stimmberechtigten gleichzeitig benutzt wird.

Zu der Frage der getrennten Wahl nach Geschlechtern erklärt der Minister, daß bei feinen Stimmbezirken die getrennte Stimmabgabe nicht unbedingt sei, da sie das Wahlgeheimnis gefährden könne. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern könne nur in solchen Gemeinden vorgehen werden, wo durch die Größe der Stimmbezirke die Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

Enteignung der „Danfürsten“.

Bemerkenswerte Abstimmungen im Heffischen Landtag.

Darmstadt, 27. Februar.

Der Heffische Landtag nahm eine Reihe wichtiger Abstimmungen vor. Annahme fand ein nationalsozialistischer Gesetzentwurf auf Annahme für politische Vergehen mit der Einschränkung, daß gemeine Verbrechen, wie Mordtaten usw. ausgenommen werden.

Auch der Antrag der NSDAP. auf Vermögensverteilung, also Enteignung der „Bant- und Börsenfürsten“, wurde bei Stimmenhaltung des Zentrums mit den Stimmen der Antragsteller und Sozialdemokraten angenommen.

Die Sozialdemokraten hatten für den Antrag gestimmt, um, wie sie erklärten liegen, die Demagogie der Nationalsozialisten zu entzünden. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Verstaatlichung des Bankwesens fand gleichfalls Annahme.

Böttchers Nachfolger.

Großhändlerisches Direktorium in Memel.

Memel, 28. Februar.

Gouverneur Mertys hat als Nachfolger des Präsidenten des Memelländischen Direktoriums Böttcher, der zur Erleichterung der politischen Situation freiwillig auf sein Amt verzichtet hat, den Herrmann Simmal in Aussicht genommen. Simmal ist bisher politisch nicht herangezogen, wird aber allgemein als Großhändler angesehen. In das neue Direktorium soll Herr der Landesrat Tolstus einziehen, der bei der Befestigung Böttchers eine höchst eindeutige Rolle gespielt hat, und gegen den bei allen Parteien der memelländischen Mehrheit härtester Widerstand vorhanden ist.

Man hat dem Gouverneur zu verstehen gegeben, daß sowohl die Ernennung von Simmal wie die Berufung von Tolstus nur gegen den entschiedenen Widerstand der Landtagsmehrheit erfolgen könnte, zumal auch das Memelland durch die Art, wie der Gouverneur vorgeschlagen vorgeschickt, erneut verlegt wird.

Der Landtag würde einem solchen neuen Direktorium, das man weiter hört, noch durch andere großhändlerische Politiker ergänzt werden soll, sofort mit einer Militärtauskündigung „ingetretener, unbekannter um die daraus folgende Auflösung des Parlaments.“

Man darf daraus hinweisen, daß die von dem litauischen Gouverneur gewählte Methode nicht nur mit dem klaren Willen der Mehrheit der memelländischen Bevölkerung sondern auch mit dem Sinn und dem Inhalt des Verdictes des Völkerrates über den Memellandstift und die Möglichkeit seiner Schlichtung unläufig erklart hat.

Gegen die deutsche Schule in Polen.

Geleß für öffentliches Schulwesen angenommen.

Warschau, 28. Februar.

Der polnische Sejm hat nach mehrstündiger Sitzung das neue von der Regierung eingebrachte einheitliche Geleß für das öffentliche Schulwesen verabschiedet. Die Deutschen haben sich an der Aussprache im Plenum aus dem Grunde nicht beteiligt, weil sie infolge des letzten Wahlverlustes ihren Vertreter im Unterhausauschuß des Sejm entsandt hatten und daher zu dem Geleß keine Stellung nehmen konnten, noch bevor es vor das Plenum kam.

Mitgeteilt sei es, wie von deutscher Seite erklart wird, zweifels, bei der Lage der Dinge im polnischen Sejm Anträge zu stellen, da diese von vornherein schon von der Regierungsmehrheit systematisch und rundweg verworfen würden.

JULIE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchart

70. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie wollte zur alten Mariana gehen, um Michiged von ihr zu nehmen. Sie konnte nicht vor hier fort gehen, ohne die Alte noch einmal gesehen zu haben. Es zog sie mit unangenehmer Gewalt zu ihr hin, vielleicht hatte sie auch die unklare Furcht, sie nicht mehr wiederzusehen.“

„So ging sie denn, des Sturmes nicht achtend, den weiten Weg nach dem Dorf nach dem letzten Hause. Es war fünf Uhr vorbei, und da es ein trüber Tag war, bemerkte es bereits.“

Die Entlein war nicht zu Hause, und sie traf die Alte allein an. Mariana schien heute besonders schwach und geistesabwesend zu sein, denn als sie an ihr Lager trat, bildete sie sie mit groben, irren Augen an.

„Gisela, kommst du, mein Kind — um mit vom Geist von Ewora zu erzählen.“

„Sie aucte zusammen: diese Frage berührte sie heute selbstam schauerlich. Gleichwohl legte sie sich ruhig auf den Bettrand nieder und streichelte die Hand Marianas. Sie mußte, daß es stets eine beruhigende Wirkung auf die alte Frau ausübte, wenn sie auf deren Wäntlingen einstieg. Darum antwortete sie auch jetzt fast mechanisch:“

„Da, Mariana, ich wollte dir erzählen, daß ich — sie starrte plötzlich, und ihre Stimme zitterte, als sie hastig vollendete, — den Geist von Ewora gesehen habe.“

Die halb erloschenen Augen Marianas richteten sich jetzt mit anstrengtem Ausdrud auf sie:

„Wo, mein Kind?“

„Auf dem Gange im linken Flügel.“

„Was sprach er zu dir?“

„Nichts.“

„Aber an wen dachtest du, Gisela? Du weißt, daß du ihm mit Leib und Seele verfallen bist.“

Du und ichauerlich langsam die Worte durch den niedrigen, kaldbühnen Raum. Ein Schauer fiel über Alles Köpfer, und alles Blut drückte nach ihrem Herzen. „An wen dachtest du damals? Es war am Tage des letzten — als sie zu den Kindern gehen wollte — als das Licht —“

„Ah!“ Ein Aufschrei kam von ihren bleichen Lippen; die Alte richtete sich erstickt auf:

„Was hast du, mein Kind, mein Herz?“

„Nichts, nichts, Mariana, sei ruhig! Ich war töricht gewesen unglücklich töricht!“ verlegte sie jetzt wieder ruhiger. „Der Geist von Ewora hat an mir keine Macht, denn nur an denen, die aus dem Geleß der Limar sind —“ sie hielt inne und blühte entsetzt in das Gesicht Marianas, deren Augen sie mit leeren, wahnwitzigen Ausdrud anstarrten.“

„Du bist ja eine Limar — du bist ja eine Limar!“ Die Grabestöne, so dumpf und hoch kam es aus der alten Brust, darauf kam sie erstickt zurück und schloß die Augen.“

„Sie verbarnte eine Weile regungslos. Dann erhob sie sich langsam, um nach Hause zu gehen. Die Luft in der Stube wurde ihr unheimlich düsend, dazu heulte draußen der Sturm und rüttelte an Türen und Fenstern. Die Alte erkannte sie heute doch nicht, sie hielt sie, wie oft schon, für Gisela, die arme, unglückliche, junge Geßin.“

„Sie band ihr dümmes, unfähiges Sommergepäck an. Es war töricht, sich bei dem rauhen Selbstwetter so leicht anzuziehen. Der Sturm mußte ihr ja durch und durch gehen. Aber mochte er! Eine Wonne mußte es sein, mit ihm zu kämpfen, sich mit aller Gewalt gegen ihn zu stemmen und die eigene Kraft an ihm zu erproben. Ob sie wohl noch die starke sie von einst war, die kein Sturm zu brechen und zu verwelen vermochte?“

„Nach einem letzten Blick warf sie auf die arme, trante Frau. Wer weiß, ob sie bei ihrer Rückkehr noch lebte. Da regte sich die Alte, zog unter der Bettdecke ein Käßchen hervor und reichte es ihr hin:“

„Nimm, Gisela, es ist das Taschentuch — das du damals am letzten Tage hier verabschiedet — und darin du deine beiden Tränen geweiht hast. Es ist noch nicht ge-

malen seitdem, denn deine Tränen waren mir heilig — und dein liebes Bild, das du mir einmal schenkt und das ich so oft anlaß — es ist auch darin. Nimm es jetzt zurück — es gehört dir und — ich liebe bald.“

„In kurzen, abgebrochenen Sätzen hatte die Geisteschwache es gesprochen und dabei alle das Käßchen in die Hand gedrückt.“

„Sie stand noch ungeschicklich, ob sie das kleine Vermächtnis annehmen sollte, als plötzlich die Tür knarzte und eine hohe Gestalt in langem, falligen Mantel über die Schwelle trat. Ein helles Geräuschen lag auf ihrem Antlitz und fast unbewußt ließ sie das Käßchen in die Tasche gleiten. In der nächsten Sekunde stand Graf Konrad vor ihr:“

„Grüß Gott, Fräulein Römer! Sehe ich Sie endlich einmal wieder?“

„Er faste nach ihrer Hand.“

„D, wie esistakt! Frieren Sie?“

„Sie schüttelte den Kopf, aber ein neuer Schauer rann durch ihren Körper und strakte ihre Verneinung läuten.“

„Höflich oder hat Sie etwa der Bahn der Alten erschreckt?“

„Hat sie Ihnen wieder törichtes Zeug vorgeschlagen?“

„Ja“, erwiderte sie langsam, indem sie ihm ihre Hand reichte, „sie sprach — vom Geiste von Ewora.“

„Die gute Mariana mit ihren Ammenmärchen! — Die können Sie aber doch nicht erschreckt haben?“

„Fragen Sie nur immerhin so verwundert, Herr Graf, ich verstehe mich selbst nicht mehr. Macht es die unfreundliche Witterung oder der nahe Wälsch?“

„Welcher Wälsch?“ fragte er steinend, fast erschrocken dazuwinken.

„Ich reise übermorgen für einige Wochen nach Berlin zu meiner Mutter.“

„Ah! — Und Sie freuen sich darauf?“

(Fortsetzung folgt.)

Sowohl die deutsche Fraktion als auch die Redner der übrigen Minderheiten, die sich an der Aussprache im Plenum beteiligen hatten, vertreten durchweg den Standpunkt, daß das allgemeine Schulgesetz und noch mehr das Gesetz für das private Schulwesen, das nachher zur Aussprache steht, sowohl mit der Staatsverfassung als auch mit dem Minderheitenabkommensvertrag unvereinbar seien. Sie stimmten alle dagegen. Am Mittwoch wurde das Gesetz für das öffentliche Schulwesen ausschließlich mit den Stimmen des Regierungsrates angenommen.

Genfer politischer Ausschuss.

Henderson zum Vorsitzenden gewählt.

Genf, 28. Februar.

Der auf Antrag der französischen Regierung gebildete Politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz ist zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten und hat den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, zum Vorsitzenden gewählt. In Konferenzkreisen verläßt sich der Eindruck, daß die Verhandlungen des Politischen Ausschusses von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Abrüstungskonferenz sein werden. Nach Mitteilung von gutunterrichteter französischer Seite beabsichtigt Tardieu, der Anfang der Woche nach Genf zurückkehrte, im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz den Antrag einzubringen, daß die Hauptsprache über den Abkommensentwurf des Völkerbundes, der als die Grundlage der Gelamterverhandlungen angenommen worden ist, sofort mit der Durchberatung des großen Völkerbundes der französischen Regierung auf Schaffung einer internationalen Streitmacht und Ausbau der Sicherheitsgarantien eröffnet wird.

Eine Erhebung der Rüstungen ist nach französischer Auffassung nur nach Abgabe der Schaffung neuer Sicherheitsgarantien möglich. Die französische Regierung legt entscheidende Wert darauf, daß die jetzt eingeleiteten sachlichen Beratungen der Abrüstungskonferenz mit der Erörterung des französischen Sicherheitsvorschlages beginnen. Durch dieses Vorgehen wird zwingend die weitere Verlauf der Arbeiten der Abrüstungskonferenz bestimmt. Man erwartet jedoch, daß die Haltung Frankreichs auf starken Widerstand der deutschen und italienischen Abordnung stoßen wird.

Der fernöstliche Konflikt.

Japan, der Völkerbund, Ansland.

In Amerika löst man tatsächlich dem Völkerbund zuzutrauen, daß er sich doch noch zu einer Intervention im chinesisch-japanischen Konflikt aufraffen könnte und das Staatsdepartement hat sich bereit, nach Genf mitteilen zu lassen, daß es an einer solchen Intervention nicht teilnehmen würde.

Während bisher eine bewußt einseitige Stellungnahme für Japan die maßgebenden Organe der öffentlichen Meinung Frankreichs beherrschte, ist in den letzten Tagen die Tonart in einer Reihe von Kreisen vollkommen umgeschlagen, und man hat den Eindruck, daß sie nun auch der Stimmung des französischen Volkes besser gerecht wird.

Während an der Seite der Befürworter aber einseitigen die Behandlung des Konflikts noch durchaus theoretisch bleibt, hat sich Ansland durch die Ereignisse in der Mandchurie zu einer Reihe von Maßnahmen veranlaßt gesehen, und der mit dem Oberbefehl an der mandchurischen Grenze betraute General Vialatier entfaltet eine lebhafteste Tätigkeit und disponiert seine Truppen so, daß sie plötzlichen Aktionen an der Grenze zu begegnen vermögen.

Aufzug Jungs an die chinesische Armee.

Der neuernannte Chef der chinesischen Streitkräfte, General Feng, erklärt in einem Aufzug an die chinesische Armee, er erwarte von den Soldaten und Offizieren, daß sie mit allen Kräften gegen die japanische Armee kämpfen. Schanghai dürfte unter keinen Umständen preisgegeben werden.

Durch einen weiteren erfolglosen Kampf gegen die japanischen Truppen werde sich die Welt davon überzeugen, daß China in der Lage sei, seine Unabhängigkeit zu schützen.

Artilleriekampf bei Schanghai.

Die Japaner eröffneten ein großes Artilleriebombardement auf die chinesische Stellung in Schanghai. Darauf trat an dieser Front vollständige Waffenruhe ein, während bei Kiangwan schwere Geschütze die Befestigungen der chinesischen Stellungen aufnahmen, ohne daß jedoch irgend ein Infanterievorstoß erfolgte.

Die Chinesen melden, daß sie das Dorf Mialong wieder erobert haben. Die Division Tschingtschais ist infolge der starken Verluste zurückgezogen worden. Sie bildet die Hauptmasse des linken chinesischen Flügels bei Tschang.

Kleine politische Meldungen.

Entscheidung über Reichslichter am Montag? Das Reichsamt des selbständigen Mittelhandels hat eine Sitzung einberufen, in der ein endgültiger Beschluß über die Durchführung eines Reichslichtertrags gefaßt werden soll.

„Das andere Deutschland“ verboten. Die politische Wochenchrift „Das andere Deutschland“ ist vom Berliner Postpräsidenten wegen eines Artikels über die Verfassungsverhältnisse des „Echo de Paris“ in der Angelegenheit Krieger und von Offizier bis zum 26. Mai verboten worden.

Die Steuerpflichten im März.

Die Abgaben im Reich.

5. Die für die Zeit vom 16. bis 29. Februar einbehaltene Lohn- und Kräftelehnersteuer sind abzuführen. Keine Schonfrist.
10. Vorauszahlung der Einkommens- und Körperschaftsteuer für das 1. Quartal (ursprünglich 10. April). Keine Schonfrist.
10. Kräftelehner laut besonderem Beschluß keine Schonfrist.
10. Vorauszahlung der Umsatzsteuer für Februar 1932. Schonfrist bis 17. März.
20. Die für die Zeit vom 1. bis 15. März einbehaltene Lohn- und Kräftelehnersteuer sind abzuführen. Keine Schonfrist.
- Die Abgaben in Preußen.
10. Die Bier- und Getränkesteuer ist fällig.
10. Die Bürgersteuer ist abzuführen.
15. Für Monats- und Quartalszahler ist die Grunderwerbsteuer mit Zuschlägen zu zahlen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 29. Februar 1932

Märzsturm!

Von Lulu von Strauß und Torney.

Heut wolle ich wilde Gedanken bannen

Im Waldesrieden.

Da saß in Stößen durch schwarze Tannen

Der Wind aus Süden.

Das war ein brauendes Wipfelneigen

Auf waldiger Höhe —

Und laudend sprähte von Stamm und Zweigen

Der alte Schöne.

Und hoch, der Wind in mein ruhlos Sinnen

Sang starke Worte:

Den Stürmen draußen, den Stürmen drinnen

Weilauß die Pforte!

Der Sturm nur ist's, der die Seele weitet

Und Fesseln bricht.

Wenn Sturm dem Frühlings nicht Pfad bereitet,

So kommt er nicht!

* Mit dem gestrigen Tage konnte unsere Apotheke auf ihr 160jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde am 28. Februar 1772 von dem Wittenberger Bürgermeister Benjamin Thomä gegründet, das Privileg erhielt sie jedoch erst im Jahre 1779.

Kotta. Reges Leben und Treiben herrschte gestern in unserm so stillen Dörfchen. Die Laube eines Segelflugzeuges war der Anlaß dazu, die erste Veranstaltung dieser Art im ganzen Stadt- und Landkreis. In nimmermüden Eifer hat die Ortsgruppe von Kotta des Sturmvogels dieses Flugzeuges erbaut, aus Idealismus für den Flugsport. Der eigentlichen Flugveranstaltung ging eine Feuerfunde voraus, die von dem Vorsitzenden Friedrichs sowie mit einem Vortrags eröffnet wurde. Die Redner hielten über Wasser, der auf die Bedeutung der Arbeit schilderte, die von der Ortsgruppe geleistet wurde. Er gab dem Flugzeug den Namen Kotta und damit das Zeichen zur Entfaltung des mit der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold bedeckten Flugzeuges. Weitere Ansprachen hielten Amtsvorsteher Wiplich, Kreisbauinspektor Schäfer, ein Vertreter des Arbeitsamtes sowie Vertreter befreundeter Verbände, die der Ortsgruppe einen weiteren Aufstieg wünschten. Mit dem Deutschlandlied schloß die Feier. Die Flugveranstaltung fand auf den Höhen zwischen Kotta und Remberg statt. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden, um Zuschauer des ersten Segelfluges zu werden. Gemüt können wir von der jungen Ortsgruppe noch nicht Leistungen erwarten, wie sie wohl üblich sind, gegeben haben wir aber, daß ein Flugzeug auch hier möglich ist, denn der erste Flug gelang sehr gut. Nach dem zweiten Flug legte leider das Flugzeug etwas hart auf dem fast gefrorenen Boden auf, wobei es eine kleine Beschädigung erlitt. Der Schaden dürfte aber bald wieder behoben sein und dann werden wir über Gelegenheit haben, die Ortsgruppe bei der Arbeit zu sehen. Ein Danktraktatien beschloß die gelungene Veranstaltung.

Kleinmöhlen. Ein Baumrieße wurde kürzlich im anhaltischen Forstrevier Wiplich gefällt. Es handelt sich um eine mächtige Kiefer, die am Wege von hier nach Altjeßnitz stand und einer der letzten Ueberreste der alten „Kieferniger Heide“ war. Nach den festgestellten Jahresringen zu schätzen, hat der Baum ein Alter von 200 Jahren erreicht. Das ist für eine Kiefer außerordentlich hoch und bedeutet, daß sie zur Zeit der Freiheitskriege bereits ein mächtiger Baum war. Der Kiefer hat einen Durchmesser von 90 Zentimeter und ergab rund 10 Festmeter Holz. Da der Stamm beinahe völlig verrotzt war, sind davon aber nur 2 Festmeter Huhholz. Legt man die heutigen Preise zugrunde, dann erbringt das Holz kaum 100 RM Einnahme, und rednet man diese Summe auf 200 Jahre um, dann hat die Kiefer einen durchschnittlichen Jahresertrag von ganze 50 Pf. gehabt.

Halle a. d. S. 28. Febr. Massen-Kundgebung der Stahlhelmführer Mitteldeutschlands. Zu einer gemäßigten Kundgebung gestaltete sich die Versammlung der Stahlhelmführer Mitteldeutschlands am Sonntagmorgen, die sich mit der Reichspräsidentenwahl beschäftigte. Etwa 1500 Führer aus allen Gauen Mitteldeutschlands, aus Thüringen und Ruffen, sowie aus dem Gau Magdeburg, waren erschienen, um ihrem Landesverbandes- und Bundesführer Oberleutnant a. D. Duesterberg unerschütterliche Treue zu bekunden. Leider konnte Oberleutnant a. D. Duesterberg auf der Veranstaltung nicht teilnehmen, da er zur Zeit im Rheinland weilte. An seiner Stelle eröffnete der zweite Landesführer, Helbig-Halle, die Kundgebung. Er wies in seiner Ansprache darauf hin, daß das Ziel des Stahlhelms eine unauflösbare Freiheit ist. Er schilderte die Verhandlungen der Gaubürger Front zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl, die leider an dem Verhalten der Nationalsozialisten gescheitert seien. Der Stahlhelm sowohl wie die Deutschnationale Volkspartei konnten sich auf keinen Fall damit einverstanden erklären, daß der Reichspräsident ein ausgesprochener Parteimann sein müsse. Weiter kündeten die Stahlhelmführer auf dem Standpunkt, daß die verschiedenen Ämter in der Regierung gleichmäßig verteilt werden müßten, um das Gleichgewicht herzustellen. Alles das habe dazu geführt, daß von den beiden genannten Parteien Oberleutnant Duesterberg als Reichspräsidentenandidat aufgestellt wurde. Er erklärte, daß der Stahlhelm einen ritterlichen Wahlkampf führen werde. Es folgten dann Ansprachen der einzelnen Gauführer. Aus allen Weiden, die oftmals durch feindlichen Beschall unterbrochen wurden, lang heraus, daß der Stahlhelm in Oberleutnant Duesterberg einen seiner besten, den Frontführer aus der Kriegszeit, nominieren. Duesterberg sei ein Mann lauterer Gesinnung und mangellos Vergangenenheit, fruchtlos und treu seinen Frontgefährten, treu den Soldaten, vor allem den Arbeiterkameraden, treu

in seinem selbstlosen, nunmehr fast vierzehn schwere Jahre währenden Kampfe um die Wiedergewinnung der äußeren und inneren Freiheit, treu sich selbst in seiner unentregten Pflichterfüllung für Volk und Vaterland. Duesterberg sei der Mann der nationalen Tat, er habe dies hundertfältig als Vorkämpfer des nationalen Deutschlands bewiesen. Die Rede, die Oberleutnant Duesterberg in der obigen Kundgebung halten wollte, lag im Auszug vor. Sie enthielt eine schwere Anklage gegen das heutige Regierungssystem. Die Reichspräsidentenwahl sei und bleibe ein politischer Akt. Vertreter von Parteien, deren Programm nicht das vorbehaltlose Verbleiben zum deutschen Volk und zum deutschen Vaterlande und zur Wehrbereitschaft enthalte, seien zur Führung des deutschen Reiches nicht geeignet. Unsere heutige trostlose Lage sei die Folge der seit Juli 1917 betriebenen Politik. Der innerpolitische Revolutionskrieg sei gleichzeitig die außenpolitische Niederlage geworden. Verfallendes deutsches Reiches Vernichtung gewollt. Heute ständen wir nun vor dem Ende. Die vom Stahlhelm geforderte Wiedererlangung der Wehrhoheit sei heute größtes Gemeingut fast aller verantwortungsbewußten Deutschen geworden. Das Verfallene Vaterlands und Volens beklammende Durchbruch dieser Erkenntnis. Auch die Wirtschaftspolitik zwingt die heutige Not zum Nachdenken. Die Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf organischer berufständlicher Grundlage ist dem Weg zur Gesundung. Die Parole müsse sein nationale Binnenwirtschaft und dann Weltwirtschaft. Es gebe um Deutschland, das endlich eine feste und entschlossene Führung brauche, wenn es nicht zugrunde gehen wolle.

Sebula. (Sebula 1000 Jahre alt.) In diesem Jahre kann das stille Dorf Sebula auf eine tausendjährige Vergangenheit zurückblicken. Damals wurde Sebula, das eine Stadt mit 10000 Einwohnern innerhalb der von 12 Toren durchbrochenen Mauern war, zerstört, hernach aber wieder aufgebaut, um ein Bollwerk gegen die anrückenden Polen zu bilden. Jahrhunderte hindurch über das Land gegangen. Die harte Burg ist verschunden und nur mit Mühe kann der Heimatforscher noch die Reste der Wallanlage erkennen.

Mitgliederverbände gegen Unverschämter-Boshaft.

Halle. Die Vereinigungen alter Burschenschaftler, Corpsstudenten, Landsmannschaften und Turnervereine wenden sich in einem Aufruf an alle Kommilitaden, in dem sie die studentischen Verbände aufrufen, das Interesse ihrer Mitglieder auf Halle zu richten und sie zu veranlassen, bei einem Besuche die Unverschämtheit Halle zu bezichtigen. Eine Ausföhrung des seinerzeitigen Beschlusses, den Zug zur Unverschämtheit Halle zu drohen, wird noch einmal als zweckmäßig und der entgegengelegte Weg als der richtige und dringend notwendige bezeichnet.

Politische Blaufat.

Seben b. Halle. Abends wurde auf der Landstraße zwischen Oppin und Gutenberg ein Galvanisvorstoß, der Anhänger einer Linkspartei sein soll, bei einem politischen Zusammenstoß schwer verletzt. Er mußte mit einem Lunnenhirsch ins Krankenhaus geschafft werden. Sein Zustand ist bedenklich.

Opfer der politischen Leidenschaften.

Delitzsch. Der SA-Mann Ransich aus Könnitz, der bei dem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten niedergeschlagen wurde, hat noch nicht das Bewußtsein davon erlangt. Sein Zustand ist ernst, als man zu weit angenommen hatte. Der ebenfalls verletzte Kaufmann Lange befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Eine Stadt ohne Magistrat.

Hohenmölsen. Die hiesige Bürgermeisterei ist schon seit 7 Monaten nicht besetzt und wird auch in nächster Zeit noch nicht besetzt werden. Gegenwärtig werden die Geschäfte der Stadt überhaupt nur vom Beigeordneten geführt, der der Bürgermeister seit seinem Weggang nach Talle vertritt. Die beiden übrigen Magistratsmitglieder haben ihre Ämter niedergelegt.

Bierfreist auch in Magdeburg?

Magdeburg. Die Geschäftliche Magdeburger des Regierungsbezirksverbandes Magdeburg im Deutschen Galvanisverband hat an den Regierungspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem zu den Fragen der Biersteuer Stellung genommen wird. Die Forderungen der Unterverbände und Ortsvereine des Regierungsbezirksverbandes gehen dahin, daß falls nicht bis Donnerstag mittags ein Bescheid der Behörden entgegenkommen zeigt wird, die Galvanisvereine des Regierungsbezirks Magdeburg gewillt sind, sich mit den Besten und Hamburger Kollegen solidarisch zu erklären und ebenfalls beschließen, in den Streik einzutreten. Der Regierungspräsident wird zugleich gebeten, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und im Hinblick auf die schonen Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Regierungsbezirk Magdeburg von der Durchführung der bisher festgesetzten Bierpreissteigerung vorläufig Abstand zu nehmen.

Verhandlungen Dietrichs mit den Galvanisern abgebrochen. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Vertretern des Galvanisergewerks sind abgebrochen worden. Es darf als sicher angenommen werden, daß die Reichsregierung von ihrer Absicht, bei einem Abwachen des Bierpreises die bereits beschlossene Senkung der Biersteuer rückgängig zu machen, nicht abgehen wird.

Sicht-Streit in Salsfurt.

Salsfurt. Die Preisentwertung für Elektrizität wird allgemein als ungenügend angesehen. Um den Protest dagegen wirksamer zu gestalten und eine weitere Preisentwertung zu erreichen, sind die Geschäftsleute übereingekommen, nach 19.30 Uhr die Schaufenster nicht mehr zu beleuchten. Dieser Lichtstreik ist bereits in fast aller Geschäftlichkeit durchgeführt, worden.

Geschiehe Sühne für Rombies.

Torgau. Vom Torgauer Schwurgericht wurde der Landwirt Ernst Graf wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge unter Verjagung mildernder Umstände zu 6 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und dessen Sohn Friedrich zu 5 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die mitangeklagte Ehefrau Pauline Graf wurde freigesprochen.

Die Angeklagten waren am 23. September mit dem Arbeiter Kallow und dessen Schwager wegen eines Diebstahls in Streit geraten. Es kam zu einem handgemachten dem der Arbeiter und dessen Schwager erheblich verletzt wurden. Der Landwirt Kallow, der im Auftrage Kallows die Kartoffeln abfahren wollte, wurde ebenfalls von den

Angeklagten angegangen und niedergebitteln. Dann verfechten sie ihm mehrere Schritte vor den Leib und steckten ihm, um ihn am Schreiben zu hindern, Erde in den Mund. Krause verlor bald darauf an den Folgen der Verletzungen.

Mit dem Beil gegen den Gerichtsschlichter.
Arneburg (Elbe). Als hier die Tage bei einem hiesigen Kaufmann gefundene Möbel verkauft werden sollten, sorgte sich der Kaufmann plötzlich mit einem Beil auf den Gerichtsschlichter. Das Dazwischenkommen der Polizei verhinderte aber ein weiteres Unglück. Nur einige Wunden blieben an dem Schlichter zurück.

Staatliche Steuerentnahmen.
Dresden. Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts betragen die Entnahmen des Staates an Landesteuern im Januar 8,66 Mill. Mark gegen 9,22 im Januar 1931. An Reichsteuern wurden im Januar an das Land 8,95 (1931: 16,06) und an die Gemeinden und Bezirksverbände 9,46 Mill. Mark überwiesen. Die Haushälter erbrachte 6,60 Mill. Mark gegen 9,12 im Januar 1931 (1).

Die Gesamtschuldung der fünf sächsischen Großstädte Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen und Zwickau betrug Ende Dezember 631,72 Mill. Mark gegen 590,79 Ende Dezember 1930; davon waren 58,33 bzw. 60,90 Mill. Mark Auslandsschulden.

Allgemeine Arbeitsdienstpflicht gefordert.
Dresden. Der Volksbund für Arbeitsdienst im Freistaat Sachsen veranlaßte unter Vorbehalt des Staatsministeriums ein D. Dr. Wilhelm einen Zuspracheabend der interessierten Kreise über den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht. Generalmajor a. D. Hauptmann teilte mit, daß gegenwärtig etwa 20.000 Mann im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt seien, etwa 0,3 v. H. der gesamten Erwerbsbevölkerung. Er forderte die Verwirklichung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zur Erreichung einer Siedlung im großen Stil. Der Veranstaltung wohnten Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Verbände und Organisationen sowie der Parteien bei.

Dresden. Liebestragödie im Hotel. — Ein 29 Jahre alter Gewerkschaftssekretär aus Bochum und seine 35 Jahre alte Geliebte, die sich in einem hiesigen Hotel eingemietet hatten, wurden in ihrem Zimmer mit durchschnittenen Pulsadern aufgefunden. Beide wurden noch lebend in ein Krankenhaus gebracht. Das Liebespaar hatte freiwillig aus dem Leben scheiden wollen.

Die Streikstimmung der Gastwirte wächst.
Leipzig. Der sächsische Gastwirteverband gibt bekannt, daß von nahezu 70 angegliederten Vereinen mit rund 6.500 Mitgliedern der Bierstreik gefordert wird, falls die Reichsregierung nicht unverzüglich die Reichs- und Gemeindebiersteuer insgesamt um zehn bis zwölf Mark senkt. Es muß also auch damit gerechnet werden, daß die Bierstreikbewegung auf ganz Sachsen übergeht, zumal alle sächsischen Gastwirte ihre Sympathie zu der Streikbewegung zum Ausdruck gebracht haben und für die neue Aufzögerungen von Vereinen zum Streik eingehen.

Dresden. Der 1. Verein der Gast- und Schankwirte Groß-Dresden hat den Reichsminister für Preisüberwachung telegraphisch ersucht, für Sachsen als Grenzgebiet die vorläufige Preisobergrenze aufzuheben, andernfalls ein Bierstreik nicht ausgeschlossen sei.

Soldatenschießerei der Leipziger Gastwirte.
Leipzig. Der Aktionsausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzig Stadt und Land steht auf dem Standpunkt, daß er mit einer Verzögerung der Biersteuererhebung auf keinen Fall einverstanden sein könne und schließt sich den Forderungen der Berliner Gastwirte an, daß eine größere Senkung der Biersteuer im päteiens am 1. März eintreten müsse. Am 2. März soll eine große Gastwirtsversammlung zu dieser Saalfrage weiter Stellung nehmen.

Die lobbregende Zeilungsprüfung.
Leipzig. Ein Leipziger Arzt, der einen operativen Eingriff vornehmen wollte, machte zur völligen Erlaubung eine Eingiprzig mit einer Percainlösung. Kurze Zeit darauf starb der Patient an einem Herzschlag. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Zeile. Die Ermittlungen ergaben, daß die Percainlösung, mit welcher der Arzt die Eingiprzig vorgenommen hatte, zu stark war. In der Verhandlung vor dem Gemeinamen Schöffengericht erklärte der Arzt, daß ihm die Lösung auf ein das richtige Quantum vorschreibendes Rezept hin von der Apotheke geliefert worden sei. Der Apotheker, ein Student der Medizin, erklärte, er könne sich nur erinnern, daß die Flasche zur Nachfüllung geschickt und von ihm mit der Percainlösung gefüllt worden sei, die auf dem Etikett vermerkt sei. Sonderbarerweise hat sich das Rezept nicht wieder gefunden.

Das Gericht sprach den Apothekergehilfen von der Anklage freisprechend. Das Verfahren gegen den Arzt wurde eingestellt.

Deutsche Illustrierte
Nr. 9 beginnt
Der Schmied von Rom
(Muffolinis Aufstieg und sein Wert)
Erhältlich bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg

Die Leipziger Studenten haben gewählt.
Leipzig. Bei einer Beteiligung von etwa 70 Prozent fanden die Studentenschaftswahlen (Wahlmänner) an der Universität Leipzig statt. Es erhielten der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund 9 Sitze (vorher 8), der Sozialistische Studentenbund einen Sitz (1), die nationalen Studenten (Stahlhelm) zwei Sitze (2), die Einheitsliste drei Sitze (4). Die Kommunisten erlangten keinen Sitz. Für sie wurden 65 Stimmen abgegeben.

Litauische Offiziere bei der Reichswehr?
Belmer. Die Deutschnationalen haben, wie uns aus Berlin mitteilt wird, im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:
„Nach einer unwiderprochenen Meldung der „Mitteldeutschen Zeitung“, Erfurt, vom 24. Februar, wollen seit etwa drei Wochen drei litauische Offiziere und Unteroffiziere auf dem Truppenübungsplatz Döbrubru und nehmen an einem Reichswehrkursus zur Ausbildung von Kriegsveteranen zur Beschleunigung teil. — Sämtliche Reichsregierung es mit deutscher Würde vereinbar, Angehörige der litauischen Wehrmacht auszubilden, während die litauische Regierung sich nicht scheut, das Deutschtum in Mangel in unerhörter Weise zu verhalten?“

Eine Einheits-Preßklohe für Mitteldeutschland.
In den Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Mitteldeutschen Dreierklohes ist man, wie wir aus Halle erfahren, jetzt einem bedeutenden Schritt vorangeschritten. Ab 1. März werden im mitteldeutschen Bezirk nicht mehr die bisherigen Handelsmarken vertrieben werden, sondern die Einheitsmarke „Sonne“.

Die große Leipziger Frühjahrsmesse
124 Sonderzüge. — Volkstümliche Demonstrationen verboten. — Reichspräsidentenwahl auf dem Messegelände.

Zur Bedienung des zur Leipziger Frühjahrsmesse zu erwartenden Verkehrsaufschwunges sind von der Reichsbahn umfangreiche Maßnahmen getroffen worden. U. a. sind für den Rückverkehr von Leipzig 124 Sonderzüge vorgesehen. Zu den Verwaltungsmessungen 8. Klasse, die eine günstige Gelegenheit zum eintägigen Besuch der Messe bieten, wird eine Fahrpreiseremission von 50 v. H. gewährt. Solche Züge verkehren Mittwoch, 9. März u. a. von Berlin, Magdeburg, Nordhausen und Erfurt und am zweiten Messonntag (13. März) zum Besuch der Messe für Bad Nauhaus und Betriebsbedarf von Berlin. Außerdem werden die nach Leipzig aufgegebenen Sonntagsgüterfahrarten auch am Donnerstag und Freitag zum Besuch der Messe freigegeben.

Mit Rücksicht auf den erhöhten Verkehr während der Frühjahrsmesse werden für die Zeit vom Freitag, 4. März bis Mittwoch, 9. März alle Umzüge und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel im ganzen Leipziger Stadtgebiet verboten. An den folgenden Tagen der Messe werden mit Rücksicht auf die Reichspräsidentenwahl Umzüge nur in den Teilen des Stadtgebietes zugelassen werden, die vom Messerverkehr nicht berührt werden.

Da die Reichspräsidentenwahl am Schlußtag der diesjährigen großen technischen Messe und Baumeise in Leipzig, dem 13. März, stattfindet, müssen sich Aussteller, ihr Personal und Besucher der Messe Abschließen bei ihren zuständigen Behörden besorgen, um ihr Wahlamt ausüben zu können. Auf Veranlassung des Leipziger Messenrats wird in einer Halle des Ausstellungsgeländes ein Wahllokal eingerichtet, damit durch die Wahl keine Behinderung beim Besuch der Messe eintritt.

Kiefern-Nutzholz-Auktion in Köplich
Dienstag, den 8. März, kommen von 10 Uhr an im Forsthaus Köplich wie üblich zum Angebot aus Durchforstung und Trockenrieb Nr. 1210—2672

1016 Kiefern	I. Klasse	252 fm
428 "	II. "	146 "
18 "	III. "	25 "

Sitten und Näheres im Forsthaus Köplich und beim
Rechtamt Burgtennisch

Morgen Dienstag von 1/2 Uhr ab früh
Schaum-, Fasten-, Mohn- und Rummel-Brezeln
D. Herrmann, Bäckerei
Empfehle frisch eingetroffen
Schellfisch, Kabanau
Goldbarisch, Fischfilet
grüne Heringe
4—5 Stück per Pfund
Büdlinge, Sprotten
Fleckerlinge, Schellfisch
Richard Tempelhof, Tel. 258

Dienstag früh
frische Seefische
Pfund 25 Pf., 2 Pfund 45 Pf.
grüne Heringe
Paul Mierhoffs, Burgitz.
Freisches
Rindfleisch
fr. Leber u. Fleck
empfehle Ewald Ballmann
Efta-
Zigarettenpapier
Ratro-
Zigarettenwickler
wieder eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg

Morgen Dienstag
früh 8 Uhr
Speckfuchen
Ernst Wend

Morgen Dienstag ab 1/2 Uhr
ff. Speckfuchen
Bäckerei Berndt



TORPEDO
Herren- und Damen-
Motor-Fahrräder
mit Zweitakt-Sachs-Motor
— Steuer- und Führerhebel frei —
Gewicht ca. 33 kg
Torpedo-Fahrräder und -Schreibmaschinen
Weilwerke A.-G.
Frankfurt a. M.
Rödelheim

Billige Bücher!
In der Zeit vom 1. bis 15. März 1932 bringen wir einen größeren Posten Bücher, darunter
Romane: Kriminalgeschichten
Novellen: Jugendschriften
namhafter Schriftsteller zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf. Teilweise bis 50 Prozent herabgesetzt.
Buchhandlung Richard Arnold
Kemberg. Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Speisekartoffeln
Wohltmann
verkauft **Knappe, Aterich**
Eine überzügliche
Leinekuh
zu verkaufen **Weinberge 72**

Prima hochtragende Spannfuh
(3. Kalb) nahe am Kalben
verkauft
Richard Teller, Kemberg
Bergamentpapier
empfiehlt **Richard Arnold**

Ferkel
hat zu verkaufen
A. Hillebrand, Sackwitz
Modenschau
heute neu
erhältlich bei **Richard Arnold.**

Rechtsrat
Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht)
Kaufverträge, Testamente,
Steuerfachen (Vermögenssteuer)
Jeden **Freitag vormittag** bei
Naumann
A. Lehmann, Gerichtsreferendar a. D.
und öffentl. angef. Vertreter
Weinbergstraße 8

Gewerbe-Berein
Mittwoch **abend 1/2 9 Uhr**
im Hotel „Blauer Bech“
Zusammenkunft
Die Mitglieder und ihre Frauen sind herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die vielen Kranzspenden und Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unserer lieben entschlafenen Mutter sagen wir allen auf diesem Wege unsere innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Lasso für die zu Herzen gehenden Trostesworte, Herrn Hauptlehrer Herrig nebst Schulkinder für den erhebenden Gesang und Herrn Musikdirektor Pinkert und der gesamten Musikschule Kemberg für die ehrende Trauermusik. Das alles hat unsern Herzen wohlgetan.
Reuden, den 26. Februar 1932
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Willy Rommel

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 208



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Pica, die Spaltenhöhe 15 Pica, die Spaltenhöhe 40 Pica, Ausnahmehöhe 50 Pica. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— M. das Tagblatt, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 26

Dienstag, den 1. März 1932

34. Jahrg

Reichspräsidenten-Wahl.

Die Wählerliste für die Stadt Kemberg liegt vom 3. bis 6. März 1932 während der üblichen Geschäftszeit im Magistratsbüro zur Einsicht aus.

Einträge sind bis zum Ablauf der Auslegungfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen. Kemberg, den 29. Februar 1932.

Der Magistrat.

Deutscher Reichstag.

Mißtrauensanträge abgelehnt.

Berlin, 27. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der im Saale Aufsehen erregenden Mitteilung, daß auch außer den Volksparlamenten Käpfl und Schneider, auch der Abg. Glajel (DVP) beurlaubt worden ist.

Der Eintritt in die Tagesordnung protestierte Abg. Gottscheiner (DnL) gegen die gestrige Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers. Präsident Löbe erwidert, die Wortwörter könnten sich allein gegen ihn richten.

Weiter machte der Präsident Mitteilung von einem inzwischen eingegangenen Antrag Oberhofers (DnL): Der Reichstag wolle beschließen, der Reichstagspräsident wird verpflichtet, kein Amt niederzulegen.

Abg. Holenberg (Nat.-Soz.)

mendet sich den Ausführungen des Kanzlers zu. Dieser habe verurteilt, nationalsozialistische Fühler der Verbreitung bewusster Lügen zu beschneiden. Weiter habe der Kanzler geglaubt, Angriffe von ihm, dem Redner, zurückweisen zu müssen, der am 9. November 1918 noch nicht gewußt habe, was sein Vaterland für 10 Millionen Auslandsdeutsche würden heute von dieser Verpötlung ihres deutschen Schicksals erfahren. (Handelblättern bei den Nationalsozialisten.) Die Auslandsdeutschen würden sich daran erinnern, daß sie ihre heutige Lage auch der Zentrumspolitik mit zu verdanken hätten. Dabei sei der Reichskanzler mit einer Partei verbunden, deren einer Führer erklärt habe, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt. (Hört hört rechts.)

Abg. Bausch (Chr.-Soz.)

bezeichnet die nationalsozialistische Politik im Hinblick auf die Außenpolitik als tödlich.

Abg. Franz (DnL) spricht von der Schicksalsstunde der deutschen Frau, die weder für Hitler noch Dietricher noch Thälmann ihr Stimme abgeben könne. Ihr Kampf könne allein dem Faschismus gelten. Abg. Neubauer (Komm.) legt dem Kanzler Dank für seine gestrige Rede. Der Kanzler habe damit die ganzen Vorfälle der Sozialdemokraten von dem kleineren Lebel widerlegt. Dann

Abg. Dr. Weber (Staatsp.)

das Wort, um seine Angriffe gegen die Nationalsozialisten zu begründen. Die Nationalsozialisten verlassen bis auf den Abg. Böhring den Saal. Der Redner erinnert an die Worte an Erbsberger und Rathenau. (Zurufe: Die Täter waren keine Nationalsozialisten!) Die Würder wurden von den Nationalen verberührt und sind später Funktionäre der Nationalsozialistischen Partei geworden. Der Redner spricht weiter von Kemmerdorn und zitiert nationalsozialistische Zeitungsartikel, Versammlungsreden, Dienstvorschriften und Sturmlieder. So heißt es in einem Sturmlied: „Die Juden und Marjissen, die bringen uns kein Heil, den Severing und Genossen erschlagen wir mit dem Beil.“ (Wohlfahrt-Erntungsrufe in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulze-Stapen (Dnat.)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die stärksten Befürchtungen haben. Die Nahrungsfreiheit aus deutscher Erde muß sichergestellt werden. Die Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft sind eine unvollkommene Nachahmung des abgelehnten Hugenberg-Planes und kommen ein Jahr zu spät. Das Jagenarbeits-Hinzenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft bitter enttäuscht. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.

Abg. Duda (Wirtschaftsp.)

mendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Scheid über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank ausgeföhndigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich befristet, daß an dieser von dem Abg. Feder (Nat.-Soz.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei.

Abg. Dr. Marx (Ztr.)

erklärt, was die Partei zu beantworten habe, sei das, was er als Kandidat vor der Reichspräsidentenwahl gesagt habe. Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflidtreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt, es habe hierin keine Meinuna nicht zu ändern

brauchen. Das Zentrum Rede zu Hindenburg, wozu er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Cverling (Dnat.)

bezeichnet die Laftache der Lebertragung der gestrigen Brüning-Rede als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Schon 1930 habe der Kanzler die Steuern senken, die Arbeitslosigkeit verringern und den Artikel 48 möglichst wenig zur Anwendung bringen wollen. Statt dessen seien heute drei Steuererhöhungen zu verzeichnen, 3 1/2 Millionen Arbeitslose mehr und etwa 150 Notverordnungen.

Das heutige System, so schließt der Redner, ist nur noch eine hohe Schule. Was fällt, soll man noch höher! Derum, Herr Reichskanzler, geben Sie den Weg frei: das nationale Deutschland will durch!

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.)

zieht Vergleiche zwischen Verapfahrungen, die von der Regierung früher vor Annahme des Young-Planes und der einzelnen Notverordnungen gemacht worden seien, und den Zuständen, wie sie sich im Zeichen der Notverordnungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet herausgestellt hätten.

Im Januar 1931, als es 4,3 Millionen Arbeitslose gegeben habe, habe der Minister in Stuttgart erklärt, ein System, das mit diesen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt nicht aufträmen könne, sei dem Untergang geweiht. Heute hätten wir 8 1/2 Millionen Arbeitslose. (Hört hört rechts.) Die Unhaltbarkeit habe im Januar 1931 bei 0,85 v. H. 91 Millionen, im vergangenen Monat selbst bei 2 u. H. nur noch 76 Millionen erreicht. (Lebh. Hört hört rechts.) Das deutsche Volk spricht dieser Regierung das schärfste Mißtrauen aus, und fordert, daß sie nicht länger im Amte bleibe.

Abg. Dr. Spahn (Dnat.)

äußert angesichts der neuesten Meldungen über die Genfer Arbeitslosenkonferenz die Befürchtung, daß die deutsche Abordnung dort eine Haltung einnimmt, die mit dem in der ersten Genfer Rede des Kanzlers vertretenen Standpunkt nicht vereinbar sein werde. Der Redner nennt es weiter bedauerlich, daß nicht das ganze Haus einmütig Einspruch gegen die humanen Gewalttaten erhoben habe. Am 13. März gehe es um die Wahrung von Würde, Ehre und Freiheit des Volkes.

Reichsfinanzminister Dietrich

mendet sich gegen einen Zuruf, in dem behauptet worden wäre, die Regierung habe sich von den Banken hereinlegen lassen.

Von einer Hereinlegung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht beschäftigt hat.

Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Finanzmarasch zwischen Reichsregierung und Reichsbank die nötige Finanzkraft des Bankensystems in die Wege zu setzen. Ohne eine Refinanzierung des Bankensystems wäre es nicht möglich gewesen.

Die Anträge werden mit 305 gegen 250 Stimmen abgelehnt.



Die Anträge werden mit 305 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Dann folgt die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich.

Gegen Schluß der Sitzung war es noch zu einem Zwischenfall gekommen, der eine kurze Unterbrechung der Sitzung herbeiführte. Es sollte über den nationalsozialistischen Antrag abgestimmt werden, der dem Reichstagspräsidenten Löbe wegen der Rundfunkübertragung der Kanzlerrede auf Schallplatten das Vertrauen entziehen wollte, und ebenfalls über den deutschnationalen Antrag, der die Aufhebung der Nationalsozialisten enthielt kein Amt niederzulegen. Als dabei die Kommunisten heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richteten, schloß sich die Internationale an. Die Nationalsozialisten, die die Internationale anstimmten, hob der Vizepräsident die Sitzung auf.

321 Wiedereröffnung der Sitzung wurden die Anträge mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Kommunisten, der im ersten Teil die sofortige Einstellung aller Entlohnungen und im zweiten Teil die Ungültigkeitserklärung aller privaten Schuldverpflichtungen an das Ausland forderte. Für den Antrag wurden 73, dagegen 368 Stimmen abgegeben; 108 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und das Landvolk erklärten dazu, bei einer Trennung des Antrags, was sie für beantragt hätten, würden sie für den ersten Teil gestimmt haben.

NSDAP. verläßt den Saal.

Nachdem dann noch einige Anträge der Nationalsozialisten an die Ausschüsse überwiesen worden waren, so zum Beispiel Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und Wiederherstellung der Grundrechte der Verfassung, gab Abg. Straßer die Erklärung ab, die NSDAP. lehne es ab, sich an diesem öffentlichen Akt zu beteiligen, und empfehle die Einlegung eines Ausschusses „zur künftigen Bewertung von Papier“ und die Überweisung aller Anträge an diesen Ausschuss.

In Anblich an diese Erklärung verließ dann die nationalsozialistische Fraktion geschlossen den Saal.

Einstellung der Polizeiausschüsse

an Braunschweig beschloffen.

Nach dem Auszug der Nationalsozialisten gelangte ein kommunistischer Entlohnungsantrag zur Abstimmung, der die sofortige Einstellung der Polizeiausschüsse an Braunschweig forderte. Der Antrag wurde mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Meihrheit für Aufhebung des Reichswehr-Erlasses

Im Verlauf der weiteren Abstimmungen, wobei allein an hundert Anträge den Ausschüssen zur Weiterberatung überwiehen wurden, stimmte das Haus dann auch noch mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen einem kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Erlasses des Reichswehrministers zu. Dieser Erlass bestimmte, daß fortan auch Nationalsozialisten in die Reichswehr eingeweiht werden können.

Neue Plenarspause im Reichstag

Angenommen wurde ferner ein kommunistischer Antrag, der die Regierung erucht, die Erhöhung des Budgets um 30 % wieder rückgängig zu machen.

Eine längere Auseinandersetzung entpinn sich noch über ein an die kommunistische Fraktion gerichtetes Telegramm, wonach die Grube Kerfien-Zentrum den Vergleichen, die sieben Tage verstrichen gewesen sind, für diese Tage den Lohn geföhren haben soll. Abg. Dr. Kleiner (Dnat.) machte darauf aufmerksam, daß die Richtigkeit dieser Darstellung noch nicht geprüft worden ist. Sollten die Behauptungen zutreffen, dann wäre kein Wort der Beurteilung überlassen, aber im Augenblick wisse man nicht, wie es sich damit verhalte.

In später Abendstunde verlegte sich dann der Reichstag, wobei die Festlegung eines neuen Sitzungstermins gegen die Stimmen der Kommunisten dem Präsidenten überlassen wurde. Wie man annimmt, wird der Reichstag kaum in der ersten Hälfte des März wieder zusammentreten.

Der ungerechte Finanzausgleich.

Ausführungen Dr. Gerecks.

Frankfurt a. M., 28. Februar.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Landgemeindetages machte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages Dr. Gereck grundsätzliche Ausführungen über „Die Finanznot der Gemeinden“. Er erklärte u. a.:

Die bisher von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen haben auf die durch die allgemeine Wirtschaftslage aufs Schwerste gefährdeten Finanzen der Landgemeinden keine Rücksicht genommen, sondern vielmehr das Bestehen gehabt, die Finanzen des Reiches und der Sozialversicherungen auf Kosten der Gemeinden zu sanieren.

Die Finanznot der Landgemeinden sei auf einen ungerechten und falschen Finanzausgleich zurückzuführen. Der Redner begründete dann das bekannte Gedächtnis des Staatssekretärs a. D. Prof. Dr. Popitz und betonte sodann die Notwendigkeit, den Gemeinden ausreichende Mittel zur Er-